



## Im Diskurs

Vor 100 Jahren wurde die italienische Journalistin und Schriftstellerin Rossana Rossanda geboren. Vom Versuch, die Linke zu erneuern. Von Ingar Solty

SEITEN 12/13

**1.400 Probeabos für den Frieden! Siehe Seite 9**

GEGRÜNDET 1947 · DIENSTAG, 23. APRIL 2024, NR. 95 · 2,10 EURO (DE), 2,40 EURO (AT), 2,80 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

### Nichtstun teuer

Studie zu Umweltdesaster: Modellrechnungen zeigen Kosten des Klimawandels in Billionenhöhe

3

### Quadriga olivgrün

Manöver: Bundeswehr kündigt sichtbare Militärpräsenz wegen Truppenverlegungen nach Osten an

4

### »S 21« brandgefährlich

Kritiker beklagen lebensbedrohliche Versäumnisse bei Sicherheit des Stuttgarter Bahnprojekts

5

### Tik Tok misstraut

USA wollen Social-Media-Plattform unter Kontrolle bringen, um Einfluss Chinas zu begrenzen

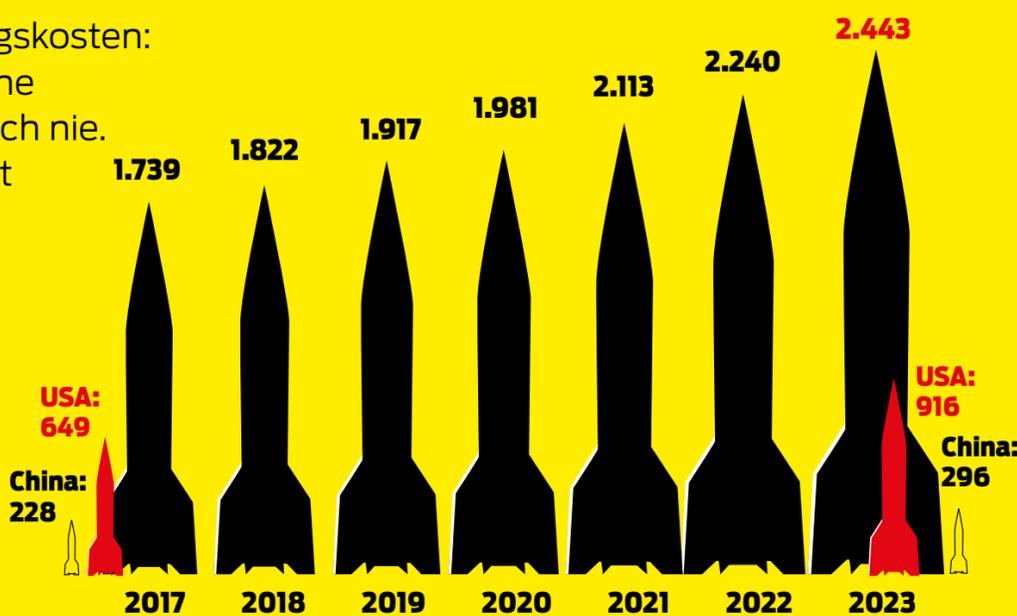
9

# 2,44 Billionen verballert

Rekordwert bei Rüstungskosten: SIPRI konstatiert so hohe Militärausgaben wie noch nie. Maßgeblicher Treiber ist Ukraine-Krieg.

Von Jörg Kronauer

Militärausgaben weltweit von 2017 bis 2023 (in Mrd. US-Dollar)  
Quelle: SIPRI-Jahresberichte



Die globalen Militärausgaben haben im vergangenen Jahr Rekordhöhe erreicht und lagen bei einem Wert von 2,44 Billionen US-Dollar (etwa 2,28 Billionen Euro). Dies geht aus einer Analyse hervor, die das Stockholm Institut für Internationale Friedensforschung (SIPRI) am Montag veröffentlichte. Demnach sind die Mittel, die in die Armeen der Welt investiert wurden, mit plus 6,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr so stark gestiegen wie seit 2009 nicht mehr. Ebenfalls erstmals seit 2009 stellte SIPRI einen Anstieg der Militärausgaben auf sämtlichen Kontinenten gleichzeitig fest. Maßgebliche Treiber seien der Ukraine-Krieg, die Waffengänge in Nah- und Mittelost und die gefährlich zunehmenden Spannungen in der Asien-Pazifik-Region gewesen, schreibt das Institut. Die Staatenwelt gab rund 2,3 Prozent ihrer gesamten Wirtschaftsleistung für militärische Zwecke aus.

Spitzenreiter in Sachen Militarisierung waren laut den SIPRI-Angaben auch im Jahr 2023 die westlichen »Werte«-Staaten und insbesondere die USA. Letztere, traditionell unangefochtene Nummer eins, steckten mit 916 Milliarden US-Dollar – 37 Prozent aller Militärausgaben weltweit – mehr als dreimal so viele Mittel in ihre Streitkräfte wie die Nummer zwei, China. SIPRI weist darauf hin, dass die US-Aufwendungen für Militärforschung und -entwicklung besonders stark stiegen. Darin spiegelte sich die gezielte Vorbereitung auf einen etwaigen Krieg gegen eine gleichfalls hochgerüstete Großmacht wider. Die NATO-Mitglieder – knapp ein Sechstel aller UN-Mitgliedstaaten – standen mit 1,34 Billionen US-Dollar für 55 Prozent aller Militärausgaben weltweit. Deutschland schaffte es mit 66,8 Milliarden US-Dollar auf Rang sieben. Es war damit nach den USA und Großbritannien der Staat

mit den drittgrößten Militärausgaben im Westen.

Die Militärdominanz des Westens zeigt sich auch darin, dass seine Staaten ihren Bürgern einen größeren Anteil an der nationalen Wirtschaftsleistung für die Streitkräfte abverlangen als alle anderen Weltregionen – mit Ausnahme des Nahen und Mittleren Ostens. So fließen 3,4 Prozent der US-Wirtschaftsleistung in das Militär; in Europa sind es 2,8 Prozent. China gibt seit Jahren rund 1,7 Prozent seiner Wirtschaftsleistung für seine Streitkräfte aus. Dabei rechnet SIPRI sogar noch Ausgaben aus anderen Budgetposten ein, was es bei den westlichen Staaten in diesem Umfang nicht tut. Umgekehrt erhält China, weil ein Dollar dort eine größere Kaufkraft hat als etwa in den USA, für seine Militärausgaben von – laut SIPRI – 296 Milliarden US-Dollar eine vergleichsweise größere militärische Schlagkraft.

Besonders stark gestiegen sind – kriegsbedingt – die Militärausgaben

Russlands (109 Milliarden US-Dollar) und der Ukraine, die inklusive der westlichen Unterstützung – die USA haben sie jetzt mit ihrem 61-Milliarden-Dollar-Paket verlängert – auf 91 Prozent der russischen Militärausgaben kam.

Scharfe Kritik an der Militarisierungswelle kam unter anderem von Greenpeace, dessen Abrüstungsexperte Alexander Lurz »ein verengtes Verständnis von Sicherheit« beklagte, und aus der Partei Die Linke. Ihre außen- und friedenspolitische Sprecherin im EU-Parlament, Özlem Alev Demirel, wies darauf hin, dass Deutschland mit den für 2024 vorgesehenen Militärausgaben von 90 Milliarden US-Dollar sogar »auf Rang vier der SIPRI-Liste klettern« würde. Anstelle der Aufrüstungsspirale, die »niemanden sicherer« mache, seien »massive Investitionen in die soziale Infrastruktur« sowie »diplomatische Initiativen« nötig.

## Cum-ex-Chefermittlerin schmeißt hin

Größter Steuerskandal der BRD: Anne Brorhilker kündigt und kritisiert mangelnde staatliche Aufklärung

Im vergangenen Jahr wurde viel darüber berichtet, wie Cum-ex-Chefermittlerin Anne Brorhilker ausgebremst wird. Nun hat sie hingeschmissen. Die Oberstaatsanwältin habe um ihre Entlassung aus dem Beamtenverhältnis gebeten, sagte ein Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft Köln am Montag. Zu den Gründen äußerte sich die Behörde zwar nicht, dafür Brorhilker selbst im WDR: »Ich war immer mit Leib und Seele Staatsanwältin, gerade im Bereich von Wirtschaftskriminalität, aber ich bin überhaupt nicht zufrieden damit, wie in Deutschland

Finanzkriminalität verfolgt wird. (...) Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen.«

Die Politik habe elf Jahre nach Bekanntwerden der ersten Cum-ex-Fälle noch immer nicht hinreichend reagiert. Steuerdiebstähle seien längst nicht gestoppt, es gebe Cum-ex-Nachfolgemodelle. Grund seien fehlende Kontrollen, was bei Banken und auf den Aktienmärkten geschehe. Künftig will sie Finanzkriminalität als Geschäftsführerin der NGO »Finanzwende« jagen.

In rund 120 Cum-ex-Ermittlungsverfahren wurde unter Brorhilkers Führung

gegen 1.700 Beschuldigte ermittelt. Durch den Betrug, der seine Hochphase von 2006 bis 2011 hatte, wurde der deutsche Staat schätzungsweise um einen zweistelligen Milliardenbetrag geprellt. Der Cum-ex-Betrug gilt als größter aufgedeckter Steuerskandal der Bundesrepublik. In ihm scheint auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) eine Rolle gespielt zu haben.

Im September 2020 wurden Auszüge aus beschlagnahmten Tagebüchern des Bankiers Christian Olearius veröffentlicht, aufgrund derer mehrere Privattreffen des damaligen Hamburger Bürger-

meisters Scholz mit dem Gesellschafter der Hamburger Warburg-Bank im Zeitraum 2016–2017 bekannt wurden. Gegen Olearius läuft ein Strafprozess wegen besonders schwerer Steuerhinterziehung. Seine Beschwerde gegen die Veröffentlichung der Tagebuchzitate war wegen der besonderen Relevanz gerichtlich abgewiesen worden, am Montag nun auch vom Verfassungsgericht. Wenn der parlamentarische Cum-ex-Untersuchungsausschuss der Hansestadt Hamburg diesen Mittwoch wieder tagt, dürfte dieses Urteil eine Rolle spielen.

Susanne Knütter

### Polens Präsident bereit für Atomwaffen



Warschau. Polen ist nach den Worten von Präsident Andrzej Duda zur Stationierung von Atomwaffen zur Abschreckung Russlands bereit. Einem entsprechenden Wunsch der NATO-Verbündeten würde Polen nachkommen, sagte Duda in einem am Montag veröffentlichten Interview mit der Zeitung Fakt. »Wenn unsere Verbündeten beschließen, im Rahmen der nuklearen Teilhabe Atomwaffen auf unserem Territorium zu stationieren, um die Ostflanke der NATO zu stärken, sind wir dazu bereit«, so Duda, der gegenwärtig in den USA weilt. Die Frage einer Stationierung von Atomwaffen in Polen werde bereits »seit einiger Zeit« mit Washington diskutiert. »Ich habe dieses Thema bereits mehrmals angesprochen.« Russland militarisiere zunehmend seine Exklave Kaliningrad, auch habe es in Belarus seit vergangem Jahr taktische Atomwaffen stationiert, gab Duda zur Begründung an. (AFP/JW)

### Industrie rechnet mit Produktionsrückgang

Hannover. Die deutsche Industrie rechnet mit einem erneuten Rückgang ihrer Produktion in diesem Jahr. »Deutschland fällt 2024 voraussichtlich weiter zurück«, sagte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Siegfried Russwurm, am Montag zum Auftakt der Hannover-Messe. »Wir rechnen mit einem Minus in der Industrieproduktion von 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr.«

Bei den Exporten ist demnach nach einem Rückgang um 1,5 Prozent im vergangenen Jahr kein erneutes Absinken, aber auch kein Anstieg, zu erwarten. »Trotz moderater Erholungsaussichten dürfen wir uns nichts vormachen: Insgesamt zeigen die Produktionszahlen schon seit Jahren einen besorgniserregenden Abwärtstrend«, sagte Russwurm. Neben »wettbewerbsfähigen« Energiepreisen fordert der BDI »weniger Bürokratie« und niedrigere Steuern. (AFP/JW)

■ Siehe Kommentar Seite 8

jW wird herausgegeben von 2.767 Genossinnen und Genossen (Stand 11.12.2023)  
www.jungewelt.de/lpg

